

32. Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung Wiesbaden, vom 11. bis 13. Mai 1981

Ausgewählte Fragen des allgemeinen Abgabenrechts

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bonn Bundesfinanzministerium

- I. Keine Ruhe für die Steuergesetzgebung
 1. Das Subventionsabbaugesetz
 2. Zu erwartende Steuergesetze
 - a) Neubewertung des Grundbesitzes
 - b) Neuregelung der Besteuerung der Altersbezüge
 - c) sonstige Gesetzesvorhaben
- II. Klagen über die Erlassflut — der Ruf nach Erlassen
 1. Zur so genannten „Erlassflut“
 2. Erlassflut und Gesetzesflut
 3. Der Ruf nach Erlassen
 4. Beispiele für Erlasse als notwendige Grundlage zur Disposition der Steuerbürger
 5. Erlasse auf Wunsch der Verwaltung
 6. Auswirkungen von Gerichtsentscheidungen auf die Erlassherausgabe
 7. Lexikafunktion von Erlasssammlungen
- III. Zur Nichtanwendung von BFH-Urteilen
 1. Zum Thema
 2. Gutachten von Prof. Leisner
 3. Bedenken gegen das Gutachten
 4. Zur Amtshaftungsklage
- IV. Zur Rationalisierung der Betriebsprüfung
 1. Kosten-Nutzenanalyse der Betriebsprüfung
 2. Rationalisierungsgrundsätze
 3. Gewinnverlagerungen
 4. Die 10 Mrd. DM der Steuergewerkschaft
 5. Einzelheiten der Rationalisierungsgrundsätze
- V. Zur Abzugsfähigkeit von betriebsbezogenen Aufwendungen für politische Einflussnahmen
 1. Zur Problemabgrenzung
 2. Spenden — Betriebsausgaben/Werbungskosten — Zuwendungen mit Mischcharakter
 - a) Spenden
 - b) Betriebsausgaben
 - c) Zuwendungen mit Mischcharakter
 - d) Berufsverbände, Fördervereinigungen u.a.
- VI. Geht der Anspruch der Presse und des Parlaments auf Unterrichtung dem Steuergeheimnis vor?
- VII. Schlusswort

Unmittelbare und mittelbare Fremdfinanzierung durch nichtanrechnungsberechtigte Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft

Ministerialrat Paul Gerhard Flockermann, Bonn Bundesfinanzministerium

- I. Einführung in die Problematik
 1. Auswirkung der Fremdfinanzierung auf die Einkommensbesteuerung
 - a) Interessierte Gesellschafter
 - b) Gestaltungsformen
 2. Auswirkung der Fremdfinanzierung auf andere Steuern
- II. Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen
 1. Steuer- und wirtschaftspolitische Gründe
 - a) Minderung des Steueraufkommens
 - b) Beeinflussung des Wettbewerbs
 2. Steuerrechtliche Voraussetzungen
 - a) Keine wirksame Einschränkung nach geltendem Recht
 - b) Keine durchgreifenden rechtlichen Einwände gegen eine gesetzliche Regelung
 - (i) Verfassungsrechtlich
 - (ii) Außensteuerrechtlich
- III. Ausgangslage für die Gesetzgebung
 1. Vorschläge in der vergangenen Legislaturperiode
 2. Ausländische Regelungen
- IV. Grundzüge einer gesetzlichen Lösung
 1. Beschränkung auf die gewichtigen Fälle
 2. Fiktion der Gewinnausschüttung
 3. Grenze der steuerlich zulässigen Fremdfinanzierung
 - a) Fremdfinanzierung gegen gewinnabhängige Vergütung
 - b) Fremdfinanzierung gegen gewinnunabhängige Vergütung
 - (i) Ausnahme des Leistungsverkehrs
 - (ii) Generalklausel
 - (iii) Typisierung
 - (iv) Mischformen
 4. Fremdfinanzierung über Dritte
- V. Folgewirkungen einer gesetzlichen Regelung

Aktuelle steuerrechtliche Fragen zur betrieblichen Altersversorgung

Rechtsanwalt Peter Ahrend, Wiesbaden Fachanwalt für Steuerrecht

- A. Einleitung
 - I. Betriebliche Altersversorgung ohne Rechtseinheit
 - II. Zur Insolvenzsicherung von Versorgungszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer nach den neuesten Urteilen des BGH
 1. Der Einzelkaufmann als Maßstab
 2. Die Ausstrahlung auf andere Unternehmensrechtsformen
 3. Die Bestimmung des Umfangs des insolvenzgesicherten Anspruchs
 4. Zusammenfassende Synopse über die Insolvenzsicherung
- B. Steuerrechtliche Fragen bei der Bildung von Pensionsrückstellungen
 - I. Neuregelung der bewertungsrechtlichen Behandlung der Pensionsansparungen und laufenden Leistungen durch das Steuerentlastungsgesetz 1981 (§ 104 BewG n.F.)
 1. Motive für die Neuregelung des § 104 BewG
 2. Struktur und Inhalt der Neuregelung des § 104 BewG n.F.
 3. Bewertung des § 104 BewG n.F.

- II. Berücksichtigung von Sozialversicherungsrenten bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen
- III. Anrechnung von Vordienstzeiten im Konzern
- IV. Zur Bewertung von Weihnachtsgeldern und Überbrückungsgeldern
 - 1. Weihnachtsgelder
 - 2. Überbrückungsgelder
- V. Möglichkeiten der Vorausfinanzierung von Rentenanpassungen nach § 16 BetrAVG
- VI. Neufassung der Mustervorbehalte in Abschn. 41 Abs. 3 EStR
- VII. Haftungsbegrenzung in Pensionszusagen
- VIII. Finanzierungsendalter für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer
- IX. Voraussichtliche Übernahme des Passivierungswahlrechts für Pensionsverpflichtungen aus der 4. EG-Richtlinie in das nationale Recht
- X. Behandlung der Zuführungen nach US-amerikanischem Recht
 - 1. Ein kleiner Schritt vorwärts
 - 2. Wahlrechte im Rahmen des neuen Gesetzes
 - 3. Bewertungen für anerkannte Reserve Plans

- C. Steuerrechtliche Probleme bei betrieblichen Unterstützungskassen
 - I. Bewertungsrechtlicher Schuldabzug beim Trägerunternehmen einer Unterstützungskasse
 - II. Behandlung von Fehlbeträgen nach der 4. EG-Richtlinie

- D. Steuerrechtliche Fragen zu betrieblichen Direktversicherungen
 - I. Lohnsteuerrichtlinien 1981
 - II. Beiträge zur Direktversicherung an mitarbeitende Ehegatten

1. Generalthema

Steuerliche Gewinnabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen Die geplante Richtlinie zu den Konzernverrechnungspreisen

Referat I

Steuerliche Gewinnabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen

Regierungsdirektor Karl-Heinz Baranowski, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NRW

- I. Einleitung
- II. Bericht des Steuerausschusses der OECD über Verrechnungspreise und multinationale Unternehmen (OECD-Bericht)
- III. Deutsche Verwaltungsgrundsätze zur Einkunftsabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen
 - 1. Allgemeines
 - 2. Inhalt des Entwurfs
 - a) Grundsätzliches
 - b) Rechtliche Ausgestaltung der Geschäftsbeziehungen
 - c) Das Fremdverhalten (sogen. „Dealing at arm's length“)
 - d) Standardmethoden zur Ermittlung des Fremdpreises
 - e) Leistungsarten
 - 3. Bedeutung von deutschen Verwaltungsgrundsätzen

- IV. Leistungsaustausch zum Verrechnungspreis bei verbundenen Unternehmen
- V. Steuerliche Korrektur des Verrechnungspreises bei einem Leistungsungleichgewicht
 - 1. Allgemeines
 - 2. Feststellung des Leistungsungleichgewichtes
 - a) Grundsätzliches
 - b) Simulation des Verrechnungspreises bei fehlendem Marktpreis
 - c) Die maßgeblichen Rechtsregeln
 - d) Das Konkurrenzverhältnis des § 1 AStG zur verdeckten Gewinnausschüttung und verdeckten Einlage

- e) Charakter und Behandlung des Berichtigungsbetrages nach § 1 AStG
 - (i) Verwaltungsauffassung
 - (ii) Schriftumsäußerungen
 - (iii) Eigene Meinung
 - f) Vorteilsausgleich
 - 3. Durchführung der Korrektur
- VI. Konzernumlagen
- 1. Begriff
 - 2. Umlegbare Kostenmasse
 - 3. Form der Verrechnung
- VII. Vermeidung einer internationalen Mehrfachbesteuerung durch eine Gegenberichtigung
- 1. Das mitbetroffene Unternehmen ist in einem DBA-Staat ansässig
 - 2. Das mitbetroffene Unternehmen ist in einem Nicht-DBA-Staat ansässig

Referat II

Deutsche Verwaltungsgrundsätze zu internationalen Verrechnungspreisen aus der Sicht der Unternehmen

Rechtsanwalt Dr. Hans Flick, Bonn Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Einleitung
- II. Notwendige Ergänzungen der Rechtsgrundlagen und der bisherigen Verwaltungspraxis
 - 1. Austarierte Normen
 - 2. Vermeidung der Doppelbesteuerung
- III. Sonderfragen bei der Forschungskostenumlage
- IV. Kreditkosten, Zinsen, Währungsrisiko
 - 1. Allgemeine Grundsätze
 - 2. Darlehen
 - a) Höhe des Zinssatzes
 - b) Währungsrisiko, Kurssicherung
 - c) Laufzeit des Darlehnsvertrages, Bonität
 - 3. Transferbeschränkungen
 - 4. Warenkredite
 - 5. Bürgschaften und Patronatserklärungen
- V. Zusammenfassende erste Stellungnahme

Konzernverrechnungspreise an Hand einer Aussprache an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

bearbeitet von

Rechtsanwalt Helmut Becker, Düsseldorf Fachanwalt für Steuerrecht

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Rechtsanwalt Helmut Becker, Düsseldorf Fachanwalt für Steuerrecht

Regierungsdirektor Karl-Heinz Baranowski, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NRW

Rechtsanwalt Dr. Hans Flick, Bonn Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. Horst-Dieter Höppner, Bonn-Bad Godesberg Vizepräsident des Bundesamtes für Finanzen

Streit um die Werbungskosten

Prof. Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, Bochum

- I. Einleitung
- II. Zusammenhang mit den Einnahmen
- III. Finalität oder Kausalität des Werbungskostenbegriffs
- IV. Vorweggenommene und vergebliche Werbungskosten
- V. Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung (§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 EStG)
- VI. Grenzen des Werbungskostenabzugs

Werbungskosten in Gesellschaften und Gemeinschaften

Korreferat zum Referat Prof. Dr. Kruse

Dr. Manfred Groh, München Richter am Bundesfinanzhof

- I. Gleichbehandlung von Gesellschaft und Gemeinschaft?
- II. Realisierung der Werbungskosten
- III. Aufteilung der Werbungskosten
- IV. Sonderwerbungskosten
- V. Geschäfte mit dem Teilhaber

Ertragssteuerliche und verkehrssteuerliche Überlegungen bei der Gestaltung und Durchführung von Vermögensübergängen

Aussprache an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

bearbeitet von:

Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Ebeling, Hannover Fachanwalt für Steuerrecht

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Ebeling, Hannover Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. Ruth Hofmann, München Richterin am Bundesfinanzhof

Prof. Dr. Ludwig Schmidt, München Richter am Bundesfinanzhof

- A. Vorgänge im privaten Vermögensbereich
 - I. Surrogat für Ehescheidungsrente nach Ableben des Unterhaltsverpflichteten
 1. Fallgestaltung
 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 3. Stellungnahme Prof. SCHMIDT
 4. Stellungnahme Dr. HOFMANN
 - II. Zuwendung des teilweisen oder gesamten Kaufpreises als mittelbare Zuwendung eines Grundstückes
 1. Fallgestaltung
 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 3. Stellungnahme Dr. HOFMANN
 4. Stellungnahme Prof. Dr. SCHMIDT
 5. Stellungnahme Dr. HOFFMANN
 - III. Bewertung obligatorische Nutzungsrechte
 1. Fallgestaltung
 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 3. Stellungnahme Dr. HOFMANN
 - IV. Grunderwerbsteuerliche Folgen bei Gesellschafterwechsel und deren Vermeidung bei Maßnahmen vorweggenommener Erbfolge
 1. Fallgestaltung
 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 3. Stellungnahme Dr. HOFMANN

- V. Gestaltung und Erfüllung eines Pflichtteilsanspruchs
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - 3. Stellungnahme Dr. HOFMANN
 - 4. Stellungnahme Prof. Dr. SCHMIDT
- VI. Abfindung für Verzicht auf Zugewinnausgleich vor Ehescheidung
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - 3. Stellungnahme Dr. HOFMANN
- VII. Erwerb von Erbanteilen als entgeltliches Geschäft mit einkommensteuerlichem Privatvermögen?
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - 3. Stellungnahme Prof. Dr. SCHMIDT
- VIII. Zur steuerlichen Behandlung von Nutzungsrechten an vermieteten Grundstücken
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - 3. Stellungnahme Prof. Dr. SCHMIDT
- B. Vorgänge im betrieblichen Vermögensbereich
 - I. Der Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters als Nachlassvermögen
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - 3. Stellungnahme Prof. Dr. SCHMIDT
 - II. Veräußerung einer freiberuflichen Praxis durch die Erben - Richtet sich die Erbschaftssteuer nach dem Einheitswert des Betriebsvermögens oder nach dem Veräußerungserlös?
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - III. Einziehung und Eigenerwerb von GmbH-Anteilen unter Verkehrswert
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - 3. Stellungnahme Dr. HOFMANN
 - IV. Qualifizierte Gesellschafter-Nachfolge im Rahmen einer Betriebsaufspaltung
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - V. Trennung eines Unternehmens in zwei Kapitalgesellschaften
 - 1. Fallgestaltung
 - 2. Stellungnahme und Lösungshinweis Dr. EBELING
 - 3. Stellungnahme Prof. Dr. SCHMIDT

2. Generalthema

§ 15a EStG • Bauherrengemeinschaft

Referat I

Die zivilrechtlich formulierten Tatbestandsmerkmale des § 15a EStG und ihre steuerlichen Auswirkungen

Prof. Dr. Joachim Schulze-Osterloh, Berlin

- I. Überblick
- II. Das Kapitalkonto des Kommanditisten
 - 1. Anknüpfung an das Kapitalkonto der Handelsbilanz oder der Steuerbilanz
 - a) Kapitalkonto der Gesellschaftsbilanz
 - b) Ergänzungsbilanz
 - c) Sonderbetriebsvermögen
 - d) Ergebnis
 - 2. Der maßgebende Verlustanteil
 - 3. Haftungserhöhung im Sinne des § 15a Abs. 3 EStG

- III. Die Eintragung des Kommanditisten und der Änderungen der Haftsumme im Handelsregister
 - 1. Die Eintragung des Kommanditisten
 - 2. Änderungen der Haftsumme im Handelsregister
 - a) Erhöhung der Haftsumme
 - b) Minderung der Haftsumme
- IV. Ausnahmen von dem nach § 15a Abs. 1 Satz 2 EStG zugelassenen Verlustausgleich oder -abzug bei negativem Kapitalkonto
 - 1. Vertraglicher Ausschluss einer Vermögensminderung auf Grund der Haftung (§ 15a Abs. 1 Satz 3 EStG)
 - a) Verträge mit den Gläubigern
 - b) Der Gesellschaftsvertrag
 - c) Verträge mit Dritten
 - 2. Unwahrscheinlichkeit einer Vermögensminderung auf Grund der Haftung wegen der Art und Weise des Geschäftsbetriebs (§ 15a Abs. 1 Satz 3 EStG)
- V. Sinngemäße Anwendung nach § 15a Abs. 5 Nrn. 1 bis 3 EStG
- VI. Verbindlichkeiten, die nur in Abhängigkeit von Erlösen oder Gewinnen aus der Nutzung, Veräußerung oder sonstigen Verwertung von Wirtschaftsgütern zu tilgen sind (§ 15a Abs. 5 Nr. 4 EStG)
- VII. Gesellschafterwechsel unter Berücksichtigung des § 52 Abs. 20a Satz 4 und 5 EStG
 - 1. Der Geltungsbereich des § 52 Abs. 20a Satz 4 und 5 EStG
 - 2. Die Ermittlung des Veräußerungsgewinns
 - 3. Folgen des Ausscheidens des Kommanditisten für die Besteuerung der verbleibenden Gesellschafter
 - 4. Folgen der Übertragung des Kommanditanteils für die Besteuerung des Erwerbers
- VIII. Sinngemäße Anwendung des § 15a EStG auf die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung nach § 21 Abs. 1 Satz 2 EStG

Referat II

Einkommensteuerrechtliche Probleme des sog. Bauherrenmodells

Ministerialdirigent Dr. Adalbert Uelner, Bonn, Bundesfinanzministerium

Vorbemerkung

- I. Grundlagen
 - 1. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
 - 2. Abgrenzung des einkommensteuerlich irrelevanten Bereichs
- II. Bauherreneigenschaft
 - 1. Begriff des Bauherren
 - 2. Abgrenzung Bauherr — Erwerber
 - 3. Bauherrenrisiko
 - 4. Bauherreneinfluss
- III. Kostenarten
- IV. Ausblick

Aussprache an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

bearbeitet von:

Steuerberater Herbert Paulus, Bingen

unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Steuerberater Herbert Paulus, Bingen

Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupack, München Fachanwalt für Steuerrecht

Prof. Dr. Joachim Schulze-Osterloh, Berlin

Ministerialdirigent Dr. Adalbert Uelner, Bonn Bundesfinanzministerium

Dr. Georg Döllerer, München, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Lothar Woerner, München, Richter am Bundesfinanzhof

A. § 15 a EStG

- I. Negatives Kapitalkonto des Kommanditisten
 1. Sachverhalt
 2. Lösungshinweise
 - a) Steuerbilanz der Gesellschaft
 - b) Gesamtbilanz der Mitunternehmerschaft
 - c) Pflicht- und Hafteinlage
 3. Lösungsvorschlag
 - a) Steuerbilanz
 - b) Gesamtbilanz der Mitunternehmerschaft
 - c) Steuerliche Ergebnisse
 - i 1982
 - ii 1983
 4. Zusammenfassung
- II. Anteil aus „Verlust der Kommanditgesellschaft“
 1. Sachverhalt
 2. Lösungshinweise
 - a) Verlustanteil nach der Steuerbilanz der Gesellschaft
 - b) Negatives Kapitalkonto
 - c) Verluste der Gesellschaft
 - d) Verlustverrechnung mit späteren Gewinnen
 3. Lösungsvorschlag
 - a) Wirtschaftsjahr 01
 - b) Wirtschaftsjahr 02
 - c) Wirtschaftsjahr 03
 - d) Wirtschaftsjahr 04
 - e) Wirtschaftsjahr 05
 - f) Wirtschaftsjahr 06
- III. Erweiterter Verlustausgleich bei bestehender Außenhaftung
 1. Sachverhalt
 2. Lösungshinweise
 - a) Außenhaftung
 - b) Zusätzliche Pflichteinlage
 - c) Hafteinlage und Außenhaftung
 - d) Erweiterte Verlustausgleichsmöglichkeit
 3. Lösungsvorschlag
 4. Zusammenfassung
- IV. Steuerliche Auswirkungen bei entgeltlicher Übertragung des Gesellschaftsanteils mit negativem Kapitalkonto
 1. Sachverhalt
 2. Lösungshinweise
 - a) Beschluss des Großen Senats vom 10.11.1980 (DB 1981 S. 557)
 - b) Besteuerungsgrundlage
 - c) Begünstigung des Veräußerungsgewinns (§§ 16, 34 EStG)
 3. Lösungsvorschläge
 - a) Jahr 01
 - b) Jahr 02

- V. Auswirkungen des Ausgleichsverbots von § 15 a EStG bei Anwendung des Auslandsinvestitionsgesetzes
 - 1. Sachverhalt
 - 2. Lösungshinweise
 - a) § 2 AuslInvG ohne Übergangsregelung
 - b) Keine Anwendung auf § 3 AuslInvG
 - 3. Zusammenfassung
 - VI. Sonderbetriebsvermögen bei Immobilien-Fonds-Gesellschaften
 - 1. Sachverhalt
 - 2. Lösungshinweise
 - a) Sinngemäße Anwendung von § 15 a EStG
 - b) Gleichstellung der Einkünfte
 - 3. Positives und negatives Sonderbetriebsvermögen
 - 4. Ermittlung des Haftvolumens
 - 5. Lösungsvorschlag
 - a) Kapitalkonto
 - b) Verlustermittlung
 - 6. Zusammenfassung
- B. Bauherrengemeinschaft
- I. Ertragsteuerliche Behandlung eines Bauherrenmodells
 - 1. Sachverhalt
 - 2. Lösungshinweise
 - a) Werbungskostenansätze
 - i Finanzierungskosten
 - ii Baubetreuung
 - iii Treuhandgebühr
 - iv Vermietungsgebühr
 - v Vermietungsgarantie
 - vi Objektvermittlung
 - vii Fertigstellungsgarantie
 - viii Gebühr für Wirtschaftlichkeitsberechnung
 - ix Konzeptions-/Vertriebskosten
 - 3. Lösungsvorschlag
 - a) Summe der Werbungskosten
 - b) Effektiver Eigenkapitaleinsatz
 - c) Steuerliche Überschussrechnung
 - d) Liquiditätsrechnung (unter Einbeziehung des Steuervorteils)
 - e) Liebhaberei
 - 4. Zusammenfassung
 - II. Grunderwerbsteuerliche Folgen bei Erwerb einer Eigentumswohnung im Rahmen des Bauherrenmodells
 - 1. Sachverhalt
 - 2. Lösungshinweise
 - a) Grundsatz
 - b) Wohnung 1
 - c) Wohnung 2
 - 3. Zusammenfassung

Ausgewählte umsatzsteuerliche Zweifelsfragen

bearbeitet an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NRW

unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Aussprache über Referat und Arbeitsunterlage mit den Mitwirkenden:

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NRW

Dr. Günter Rau, Bonn, Deutscher Industrie- und Handelstag

Rechtsanwalt Dr. Günter Hallerbach, Duisburg Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Vorsteuerabzug bei der Errichtung von Wohngebäuden
 1. Leistungsempfänger beim Bauherrenmodell
 - a) Referat Dr. Schwarze
 - b) Fallgestaltung
 - c) Aussprache
 2. Einschaltung eines Zwischenmieters Referat Dr. Schwarze
 3. Freibetrag nach § 19 Abs. 3 UStG 1980 Referat Dr. Schwarze
 4. Gestaltungen neben der Vermietung
 - a) Referat Dr. Schwarze
 - b) Aussprache
- II. Besteuerung von Leistungen zwischen Gesellschaften und ihren Gesellschaftern und Mindestbemessungsgrundlage nach dem UStG 1980
 1. Unentgeltliche und verbilligte Leistungen an Gesellschafter oder an diesen nahe stehenden Personen
 - a) Referat Dr. Schwarze
 - b) Fallgestaltung
 - c) Lösungshinweis Dr. Schwarze
 2. Leistungen von Einzelunternehmern an ihnen nahe stehende Personen (§ 10 Abs. 5 UStG 1980)
Referat Dr. Schwarze
 3. Geschäftsveräußerungen
 - a) Referat Dr. Schwarze
 - b) Aussprache
- III. Geschäftsführung des persönlich haftenden Gesellschafters einer Personengesellschaft (Auswirkungen des BFH-Urteils vom 17.7.1980 auf den Vorsteuerabzug)
 - a) Referat Dr. Schwarze
 - b) Fallgestaltung
 - c) Stellungnahme Dr. Schwarze
 - d) Aussprache
- IV. Fragen zur Auslegung des § 3a UStG 1980 (Leistungsort)
 1. Zusammenhang mit Grundstücken
Referat Dr. Schwarze
 2. Werbung sowie Leistungen im Zusammenhang mit Messen und Ausstellungen
Referat Dr. Schwarze
 3. Beratung und Begutachtung
Referat Dr. Schwarze
 4. Zurechnung zu einer Betriebsstätte
 - a) Referat Dr. Schwarze
 - b) Aussprache
 - c) Fallgestaltung
 - d) Lösungshinweis Dr. Schwarze
 - e) Aussprache

Materiellrechtliche Auswirkungen der Vierten EG-Richtlinie auf das deutsche Bilanzrecht

Ministerialrat Herbert Biener, Bonn Bundesjustizministerium

- I. Einleitung
 1. Anwendungsbereich und Inhalt der Vierten EG-Richtlinie
 2. Anwendungsbereich und Inhalt des geltenden Bilanzrechts
- II. Allgemeine Anforderungen an den Jahresabschluss
 1. Generalklausel des Artikel 2 und deren Umsetzung
 2. Verrechnungsverbot
 3. Verbindlichkeit der Formblätter
Stetigkeit der Darstellung
- III. Bilanz
 1. Änderungen gegenüber dem geltenden Recht
 2. Bilanzansatzvorschriften
 3. Umschreibung von Begriffen
 - a) Anlage- und Umlaufvermögen
 - b) Beteiligungen
 - c) Rückstellungen
 - d) Latente Steuern
 - e) Rechnungsabgrenzung
- IV. Gewinn- und Verlustrechnung
 1. Gesamtkosten- und Umsatzkostenverfahren
 2. Umschreibung von Begriffen
 3. Änderungen des Formblattes
- V. Bewertungsvorschriften
 1. Allgemeine Anforderungen
 2. Bewertung des Anlage- und Umlaufvermögens
 - a) Herstellungskosten
 - b) Vorläufiger Niederstwert
 - c) Wertaufholung
 - d) Berücksichtigung steuerrechtlicher Bewertungsvorschriften in der Handelsbilanz
 3. Sonstige Bewertungsvorschriften
 - a) Bewertungsvereinfachungsverfahren
 - b) Bewertungswahlrechte
- VI. Anhang
 1. Übersicht
 2. Erläuterungen
 3. Zusätzliche Angaben
 4. Angaben aus der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung
- VII. Lagebericht
- VIII. Prüfung; Publizität

Die Vierte EG-Richtlinie und das Steuerrecht

Dr. Georg Döllner, München Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

- I. Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz
 1. Der Grundsatz
 2. Inhalt des Grundsatzes
- II. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
 1. Buchführung
 2. Fristen für die Aufstellung des Jahresabschlusses
 3. Ermittlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
 4. Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung durch Rechtsverordnung

- III. Bilanzierung (Aktivierung und Passivierung)
 - 1. Geschäftswert
 - 2. Andere immaterielle Anlagewerte
 - a) Aktivierungsverbot
 - b) Was sind immaterielle Anlagewerte?
 - c) Was ist entgeltlicher Erwerb?
 - 3. Rechnungsabgrenzungsposten
 - a) Transistorische Rechnungsabgrenzungsposten
 - b) Antizipative Rechnungsabgrenzungsposten
 - c) Unechte Rechnungsabgrenzungsposten
 - 4. Rückstellungen
 - a) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und Rückstellungen für Aufwand
 - b) Wirtschaftliche Verursachung
 - 5. Latente Steuern
 - a) Passiver Unterschiedsbetrag
 - b) Aktiver Unterschiedsbetrag
- IV. Bewertung
 - 1. Anschaffungskosten
 - a) Der Begriff allgemein
 - b) Nachträgliche Anschaffungskosten
 - c) Gemeinkosten der Anschaffung
 - d) Fifo und Lifo
 - 2. Herstellungskosten
 - a) Einzelkosten und Gemeinkosten
 - b) Vertriebskosten sind keine Herstellungskosten
 - 3. Wertaufholung
- V. Bilanz des Unternehmens, nicht des Betriebes

Schwerpunkt-Diskussion

Die Vierte EG-Richtlinie und das deutsche Steuerrecht

Aussprache an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen

bearbeitet von:

Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupach, München Fachanwalt für Steuerrecht

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupach, München, Fachanwalt für Steuerrecht

Ministerialrat Herbert Biener, Bonn, Bundesjustizministerium

Dr. Georg Döllner, München, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

- A. Einführung
 - I. Grundlagen
 - II. Stellungnahme der Verbände
 - III. Monographien
- B. Fallgestaltungen
 - I. Geschäftswert
 - 1. Lösungshinweise
 - 2. Zusammenfassung der Aussprache
 - II. Aufwandsrückstellungen
 - 1. Lösungshinweise
 - 2. Zusammenfassung der Aussprache
 - III. Latente Steuern/Sonderposten mit Rücklagenanteil
 - 1. Lösungshinweise
 - 2. Zusammenfassung der Aussprache
 - IV. Teilwertabschreibungsverbot bei nur vorläufiger Wertminderung/Wertaufholung
 - 1. Lösungshinweise
 - 2. Zusammenfassung der Aussprache

3. Generalthema

Ausgewählte handelsrechtliche und steuerrechtliche Schwerpunkte bei Erwerb, Sicherung und Verwertung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften

dargestellt an Hand von Referaten und einer Arbeitsunterlage mit Fällen, Gestaltungen, Anmerkungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Dr. Siegfried Widmann, München Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Robert Mayer, München, Richter am Oberlandesgericht

Bruno Gassner, Stuttgart, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Mitwirkenden:

Dr. Georg Döllner, München, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Ministerialdirigent Dr. Adalbert Uelner, Bonn, Bundesfinanzministerium

Leitung:

Rechtsanwalt Dr. Lüder Meyer-Arndt, Köln, Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Gründungsvorgänge
 1. Verschleierte Sachgründung
 2. Sacheinlage bei Ein-Mann-Gründung
 - a) Unterfall: mit Einzelübertragung
 - b) Unterfall: mit Umwandlung
 3. Sondervorteile für Gesellschafter
 4. Gründungskosten
- II. Sicherung des Kapitaleinsatzes
 1. Darlehen
 2. Verpachtung
- III. Sonderformen der Verwertung einer Beteiligung
 1. Einbringung in Personen- und Kapitalgesellschaft
 2. Erbschaft, Schenkung
 - a) Teilungsordnung bei mehreren Erben
 - b) Buchwertabfindung
 - c) Kapitalerhöhung
 3. Kapitalherabsetzung